ANTRAG

*Antragsteller*in:* *Lorenz Unger, Marcus Lieder, Annika Ordo, Anselm Husz, Arman Shariat, Marvin Feigl, Gregor Czepl, Philipp Gruber, Hongyu Jin, Lea Hemedinger, Leonie Arlt (AG Extremismus)*

Tagesordnungspunkt: *16.3. Weitere Anträge*

A6: Extremismus an Schulen? Nicht mit uns!

Antragstext

„Sittenwächter“ an Mittelschulen, gewalttätige Auseinandersetzungen, offene Homophobie in Klassenräumen? Was wie dystopische Szenen aus schlimmen Erzählungen wirkt, ist mittlerweile leider in vielen Schulen Österreichs absolut salonfähig, und verschlechtert das Leben von unzähligen Schüler:innen extrem.

Diese Szenen, und viele weitere, spielen sich immer öfter an Österreichs Schulen ab, und stellen ein Problem da, dass sich nicht länger wegignorieren lässt. Wir haben an unseren Schulen einen gewissen Prozentsatz der Schüler:innen, die sich offensichtlich nicht mit unserer liberalen Gesellschaft, die auf Offenheit und Inklusion aufbaut, identifizieren, und dem muss endlich etwas entgegengesetzt werden.

Während die generelleren Probleme mit Integration nur auf höchster politischer Ebene geregelt werden können, kann man doch zumindest schon in Schulen ansetzen, um den Menschen die unsere Zukunft sind, eine halbwegs angenehme Schulerfahrung bieten zu können. Indem wir uns trauen, Probleme mit Integration und Extremismus an Schulen offen anzusprechen, gehen wir den ersten wichtigen Schritt in diese Richtung, und laden alle ein mitzuziehen.

Um präventiv gegen Extremismus an Schulen vorzugehen, ist es wichtig Schüler:innen aber vor allem auch Lehrkräfte zu sensibilisieren. Lehrkräfte brauchen eine spezifische Zusatzausbildung, um die Gefahren von Extremismus zu erkennen und so vorbeugen zu können.

Wir fordern eine spezifische Zusatzausbildung für Lehrkräfte, welche auf das frühzeitige Erkennen von extremistischem Gedankengut abzielt.

Sollten Schüler:innen bereits menschenfeindliches Gedankengut haben und dies propagieren, braucht es härtere Konsequenzen. Wir JUNOS Schüler:innen sind überzeugt davon, Intoleranz niemals mit Toleranz begegnen zu dürfen.

Wir fordern härtere Konsequenzen für Schülerinnen und Schüler, die antisemitisches, homophobes oder anderes extremistisches Gedankengut an den Tag legen.

Bei wiederholten Vergehen sind Workshops anzuordnen und die Kosten dieser von der Schüler:in bzw. der Eltern zu tragen. Gleichzeitig soll in der Schule über die Strafmündigkeit aufgeklärt werden, als auch Informationen über die Rechtslage ad Diskriminierung vermittelt werden. Der Religionsunterricht kann unheimlichen Schaden anrichten, wenn Lehrpersonen unkontrolliert demokratiefeindliches und ausgrenzendes Gedankengut propagieren können. Aufgrunddessen sehen wir eine Abschaffung des Religionsunterricht bis zum 14. Lebensjahr als nötig, kurzfristig braucht es hier aber stärkere und vor allem funktionierende Kontrolle.

Wir fordern eine echte Überwachung des Religionsunterrichts von einer unabhängigen Stelle, statt von den Glaubensgemeinschaften selbst, damit Radikalisierung nicht im Klassenzimmer stattfinden kann.

Um den immer größerwerdenden Herausforderungen beim Thema der Integration gerecht zu werden, braucht es ein klares Aufzeigen von Grenzen sowie funktionierende Integration vor allem im Zusammenhang mit der Religion. Für uns ist klar, dass die Religionsfreiheit zu gelten hat. Für uns ist aber auch klar, dass die Religionsfreiheit niemals Diskriminierung, gewalttätiges Verhalten und ähnliche menschenfeindliche Aktionen rechtfertigt. Immer mehr sogenannte "Online-Prediger" erklären Jugendlichen Religion und stiften sie zu Homophobie und Frauenverachtung an. Hier braucht es starke Medienkunde. Weiters stehen wir JUNOS Schüler:innen zu unserer liberalen und demokratischen Gesellschaft.

Um Demokratiefeindlichkeit zuvorzukommen und um in Härtefällen eingreifen zu können, braucht es ernstzunehmende Demokratiebildung sowie politische Bildung für alle in der Schule.

Wir fordern ein Fach, in dem echte Demokratiebildung und politische Bildung unterrichtet wird.